

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 18.

Dienstag, den 10. Februar

1891.

Unsere politischen Zustände

befinden sich gegenwärtig in einem Prozesse völliger Umbildung, wenngleich noch nicht in voller Klarheit die Richtung zu erkennen ist, welche der „neue Kurs“ — man muß ja wohl von einem solchen sprechen — nimmt. Sowohl im Reichstage wie im preussischen Landtage nähern sich die parlamentarischen Arbeiten ihrem Höhepunkte. Im Reichstage waren es bei der Etatsberatung hauptsächlich die Kolonialangelegenheiten, welche ein hervorragendes Interesse boten. Herr v. Caprivi hat seinen nüchternen Standpunkt in dieser Frage nicht verlassen und zugleich zur Rechtfertigung desselben eine solche Fülle von Einzelheiten geboten, daß damit auch ein größeres Theil von Sensationsbedürfnis, als unserer Zeit ohnehin eigen ist, hätte befriedigt werden können.

Die Handelsverträge der einzelnen Staaten unter einander werden jetzt vielfach gekündigt. Dadurch erwächst auch der Reichsregierung eine Fülle von Arbeit, welche weder zu der politisch lohnenden noch besonders interessanten gehört. Es ist ungeheuer schwierig, wenn nicht vielleicht unmöglich, es allen Interessengruppen recht zu machen; dahinzu tritt nun noch die besondere Erschwerung, daß die Regierungsvertreter bei den Verhandlungen mit fremden Regierungen keineswegs vertreten können: so und so soll es gehalten werden, sondern daß auch die Interessen des andern Theils mit allem Nachdruck den unsern entgegengestellt werden.

Die sozialpolitisch wichtigste Vorlage des Reichstages, diejenige betr. den Arbeiterschutz, ist jetzt für das Plenum verhandlungsfähig. Es ist aber bekannt, wie sehr sich auch in diesem Punkte Interessen, Ansichten und Bestrebungen theilen. Es war in diesen Tagen ein Jahr verflossen, seit durch die kaiserlichen Erlasse der eigentliche und nächste Anstoß für diese Gesetzgebung gegeben wurde, während das Schlussprotokoll der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz die Grundlage schuf und gewissermaßen den Umfang der Verpflichtungen, welche die Regierungen für den Arbeiterschutz auf sich nahmen, feststellte. Die deutsche Regierung ist diesen Verpflichtungen sorgsam und gewissenhaft nachgekommen und die Energie, mit welcher der Minister für Handel und Gewerbe, Herr v. Berlepsch, alle einschlagenden Fragen in den Vordergrund stellt, läßt an dem sehr entschiedenen Willen und Ernst, zu wirklichen Resultaten zu gelangen, nicht mehr zweifeln. Allerdings sind auch hier die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung auf zwei Seiten zu kämpfen hat, nicht außer acht zu lassen. Hoffentlich wird dieser Gesichtspunkt bei der Plenar-Debatte die gebührende Berücksichtigung finden. Die von vornherein unwahrscheinliche Nachricht, daß der Bundesrath die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung für unannehmbar erklärt habe, ist inzwischen amtlich demontirt worden. Das hindert nicht, daß im Bundesrath eine vorläufige Besprechung und ein Meinungsaustausch über die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt stattgefunden hat, die ja ein gut Theil über die Grenzen hinausgeht, welche das Schlussprotokoll der Arbeiterschutz-Konferenz gesteckt hatte.

Den großen Reformgesetzen für Preußen, die Einkommen-, Gewerbe- und Erbschaftsteuer, die Landgemeindeordnung und die Volksschulen betreffend, hat sich die Sperrgeldervorlage angeschlossen. Daneben ist die Frage einer Reform des höheren Unterrichtswesens in Preußen, Bayern u. Württemberg, zugleich aber auch in mehreren kleineren Staaten in Fluß gekommen. Eine weitere Reform ist bezüglich der Eisenbahntarife und besonders bezüglich des Personen-Fahrtgeldes angebahnt worden, bei welcher die Schwierigkeit angeblich darin bestehen soll, daß Preußen seine 4. Wagenklasse nicht in Wegfall bringen, die süddeutschen Staaten eine solche nicht einführen wollen.

Nach dieser Skizze sieht man, was alles in der Umwandlung und im Werden ist und man bringt damit unwillkürlich die vielfachen Wechsel in den höheren Staatsbeamtenstellen in Verbindung. Fast zu gleicher Zeit erfolgte der Sturz Crispis, die Abschiedsbewilligung an den österreichischen Finanzminister Dunajewski und der Rücktritt des Grafen Walder-

see von der Leitung des Großen Generalstabs. Es bedeutet dies eine Systemänderung hier wie dort. In Italien lautet die neue Parole: Sparsamkeit, in Oesterreich Ausöhnung mit den Deutschen — aber was bedeutet sie in Deutschland?

Man sträubt sich gegen die sich aufdrängende Vermuthung, daß dem Stellenwechsel im Großen Generalstabe persönliche Motive zu Grunde liegen, obwohl die Blätter allerhand diesbezügliche Anekdoten erzählen. Sachliche Motive aber — die doch wahrscheinlich allein vorliegen — sind nicht bekannt geworden; es ist daher auch kein Urtheil darüber möglich, ob etwa auch der Rücktritt Waldersees mit dem „neuen Kurs“ zusammenhängt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hat den General-Lieutenant Grafen Alfred Schlieffen, bisher Oberquartiermeister, zum Chef des Generalstabes der Armee ernannt.

— Berlin. Die hier demnächst zusammen-tretende Kommission zur Untersuchung der Handwerkerfrage soll sich dem Vernehmen nach mit allen seit Jahren auf der parlamentarischen Tagesordnung stehenden Streitfragen beschäftigen, wie namentlich mit dem sogenannten Befähigungsnachweise, dem Hausirhandel, den Offiziers- und Beamtenvereinen, Arbeitsbüchern u. s. w. Es wird darauf Bedacht genommen werden, daß möglichst alle im Handwerkerstande vertretenen Richtungen hinzugezogen werden, insbesondere auch die Anhänger und Gegner des Innungswesens. Der Kaiser, der sich für diese Angelegenheit sehr lebhaft interessiert, dürfte die Verhandlungen mit einer längeren Ansprache eröffnen, die vielleicht eine ähnliche Bedeutung gewinnen wird, wie die kaiserliche Rede zur Eröffnung der Schulkonferenz.

— Der Kaiser widmet sich den Regierungsge-schäften mit einem Eifer, über den seine Umgebung nicht weniger erstaunt ist, als die verschiedenen Ressort-chefs. Alle Eingänge unterzieht der Monarch einer eingehenden Prüfung. Dabei tritt deutlich hervor, daß, wo es immer angethan erscheint, der Kaiser für seine Entscheidungen sozialpolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Unter anderem geht sein Bestreben auch dahin, sozialpolitische Rück-sichten bei der Rechtsprechung immer mehr zur Geltung kommen zu lassen. Es verlautet von Fällen, in welchen der Kaiser in sehr nachrücklicher Weise dagegen Einspruch erhoben hat, daß Strafen, die aus Unterlassungssünden bei Anwendung erforderlicher Schutzvorrichtungen bei Maschinen erfolgten, einfach „mit Geld abgemacht“ werden. Ueberall will er zur Anerkennung gebracht wissen, daß der Werth eines Menschenlebens gleich geachtet werde, gleichviel ob es sich um eines der wohlhabenden oder der ärmeren Klassen handelt.

— General v. Leszczyński soll nach der Ham-burger „Reform“ vor einiger Zeit ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers erhalten haben, das sich über die intimen Beziehungen des Generals zum Fürsten Bismarck ausgesprochen habe. General v. Leszczyński habe sich dadurch sofort veranlaßt gesehen, den Kaiser um seine Dienstentlassung zu bitten.

— Nachdem soeben erst große militärische Personalveränderungen die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt haben, tauchen jetzt in verschiedenen Blättern Ankündigungen von Ministerwechseln in Preußen und im Reich auf. Der Rücktritt der Minister von Goltz und von Maybach, sowie des Reichschatzsekretärs Freiherrn v. Malgahn soll unmittelbar bevorstehen. Ferner heißt es, daß der Finanzminister Dr. Miquel zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und zum Vizelkanzler des Reiches ernannt werden solle. Man hat es hierbei theils mit tatsächlichen Plänen der maßgebenden Stelle, theils mit verfrühten Meldungen, zum Theil aber auch mit reinen Vermuthungen zu thun. Daß die Ernennung Miquels zum Vizepräsidenten des

preussischen Staatsministeriums in ernstliche Erwägung gezogen ist, wird unterrichtetereits bestätigt. Doch ist ein Beschluß in dieser Beziehung noch nicht gefaßt worden. Dagegen wird von derselben Seite in Abrede gestellt, daß an die Wiederherstellung des Postens eines Vizelkanzlers auch nur gedacht worden sei. Der Reichskanzler hat mehrere Stellvertreter, so namentlich auf dem wichtigen und ausgedehnten Gebiete der inneren Reichspolitik den sehr gewandten Staatssekretär v. Boetticher, und damit ist allen bisher hervor-getretenen Bedürfnissen vollauf Genüge geschehen. Daß der Reichschatzsekretär Frhr. v. Malgahn die längste Zeit im Amt gewesen ist, wird für ebenso zutreffend angesehen, wie die Annahme, daß der Rücktritt der Minister v. Goltz und v. Maybach eine Frage naher Zeit sei. Als ein Hauptgrund für den Rücktritt des Kultusminister v. Goltz muß man die angestrebte Um-gestaltung des höheren Schulwesens in Preußen anführen. In allen anderen Beziehungen ließe sich eine Verständigung leicht herbeiführen, hier aber handelt es sich um eine so große Meinungs-verschiedenheit, daß ein Ausgleich je länger desto weniger möglich erscheint. Dem um das preussische Staats-bahnwesen hochverdienten Eisenbahnminister v. Maybach sind seit einiger Zeit von zwei ganz verschiedenen Seiten her mächtige, einflussreiche Gegner entstanden. Die rheinisch-westfälischen Industriellen machen ihn für den während der jüngsten Frostzeiten wiederholt eingetretenen Eisenbahnwagenmangel verantwortlich und die maßgebenden militärischen Kreise ziehen aus diesen Beschwerden ihre eigenen Folgerungen. Sie sagen, wenn ziemlich regelmäßig eintretende und da-her im Voraus zu berechnende Naturereignisse der-artige große Betriebsstörungen hervorrufen, wie würde es erst bei einer plötzlichen Mobilmachung werden! Allem Anschein nach steht der Eisenbahnminister dicht davor, diesem doppelten Sturmhauf zu erliegen.

— Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion veröffentlicht nunmehr einen Aufruf, in welchem sie die sozialdemokratischen Vereine auffor-dert, eine Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird zu Kundgebungen für die Einführung des achtstündi-gen Arbeitstages. Die Wahl eines Vertreters sei für die Feier unmöglich, weil ohnehin in dieser Jahres-zeit die bürgerlichen Feiertage sich häufen und die Er-wägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Theilnahme abhalten würde. Dazu kämen noch als besondere Hinderungsgründe für das laufende Jahr die außergewöhnlich lange an-dauernde Arbeitslosigkeit während der verfloffenen harten Wintermonate und die zunehmende wirth-schaftliche Krise, welche an sich schon zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft und die ge-sammte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt. Es heißt dann weiter: Es handelt sich nun darum, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, welche insbesondere in Massenausflügen, Massenumzügen und Massenversammlungen zu be- stehen haben wird. Eure Aufgabe ist es, durch zweckentsprechende Organisationen dafür zu sorgen, daß die Kundgebung in imposanter, würdiger und ruhiger Weise verläuft.

— Italien. Wie die offiziöse „Agenzia Stefani“ meldet, hat König Humbert die Demission Crispis angenommen und Rudini mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Marchese di Rudini ist seit 1876 der bedeutendste Führer der Rechten, als welcher er in der letzten Zeit, namentlich vor den Wahlen, das Kabinet Crispi, in das er selbst einzu-treten hoffte, eifrigst unterstützte. Rudini ist in Palermo geboren, ward mit 27 Jahren Bürgermeister, dann Präsekt seiner Vaterstadt, darauf Präsekt von Neapel, endlich unter General Menabrea im Alter von dreißig Jahren Minister des Innern. Rudini legte stets einen autoritären, energischen, strengen Charakter an den Tag. So warf Rudini im Jahre 1866 mit Todesverachtung und eiserner Energie den fünf-tägigen Aufstand in Palermo nieder, wobei er